



Dr. Claudia Zilla

Die südliche Perspektive: Ein Blick hinauf?

Alles war Hoffnung um Barack Obama. Hoffnung als Versprechen und Erwartung. Auch aus Lateinamerika erhielt er einen gewaltigen Vertrauensvorschuss sowie den Druck wachsender Forderungen. Beides wurde durch einen veränderten Duktus genährt: Eine „gleichberechtigte Partnerschaft“ mit der Region und ein „neues Kapitel“ in den US-lateinamerikanischen Beziehungen wurden angekündigt. Die USA seien mitverantwortlich für die in der Region bestehenden Probleme, und Teil ihrer Lösung seien auch die lateinamerikanischen Staaten – so das neue politische Narrativ der USA. Bereits 2009 nahm entsprechend der Anteil der lateinamerikanischen Befragten markant zu, die angaben, die USA

behandeln das eigene Land mit Respekt (diese und weitere Daten aus „Latinobarómetro“ 2010, 2011). Hoffnung kann eine Zukunftsvision sein, die eine Wirklichkeit antizipiert, als Prognose sowie als Handlungsanleitung. Die Hoffnung „Obama“ hat sich aber als erstaunlich wirkungsschwach und zugleich konstant erwiesen: Es hat keinen Wandel oder substanziellen Impuls in den US-lateinamerikanischen Beziehungen gegeben, und trotzdem hat das Image der USA und Obamas in Lateinamerika laut Umfragen kaum unter Frustrationserscheinungen gelitten. Die Zustimmungswerte für die USA gingen seit 2009 lediglich ein Prozentpunkt pro Jahr zurück. Und Obama erhielt 2011 weiterhin die höchsten

Positivwerte als Führungspolitiker auf dem Kontinent. Überwiegend von Stabilität ist also das Verhältnis geprägt. Indes hält der politische Entfremdungsprozess auf Regierungsebene an.

Lateinamerika ist ein zunehmend ideologisch wie strukturell heterogener Kulturraum mit erkennbaren Subregionen, die nicht zuletzt abhängig vom unterschiedlichen Verflechtungsmuster mit den USA ein eigenes Selbstverständnis entwickeln. Wirtschaftliche (Handel und Investitionen), soziale (Migration und Rücküberweisungen) und sicherheitspolitische Themenkomplexe (Drogenhandel und organisierte Kriminalität) verbinden Mexiko sowie Zentralamerika, die Andenregion und das übrige Südamerika – in abnehmender Intensität – mit den USA. Traditionell zeigt sich eine ähnliche Verteilung bei der positiven Meinung über die USA in den Subregionen: Sie ist am höchsten in Zentralamerika und am niedrigsten im Süden Südamerikas. Der Antiamerikanismus einiger Regierungen beeinträchtigt zwar den politischen Dialog mit den USA und ihren Ruf in den Gesellschaften, ändert aber so gut wie nichts an den faktischen Verbindungen: Die USA bleiben Hauptabnehmer des venezolanischen Erdöls sowie Haupthandelspartner Nicaraguas, und der US-Dollar ist weiterhin Ecuadors Landeswährung.

Allen Unterschieden zum Trotz gibt es eine kulturelle und politische lateinamerikanische Identität, die sich in Abgrenzung zu den USA (und Kanada) zunehmend institutionalisiert. Die 2011 unter Ausschluss des „Nordens“ gegründete Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ist Ausdruck davon und stellt die Relevanz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) weiter infrage – gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem der Einfluss der USA darin so schwach ist wie nie zuvor.

Dr. Claudia Zilla ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik in der Forschungsgruppe „Amerika“ und für Lateinamerika zuständig.

